

Mitglied des Niedersächsischen Landtages  
Abgeordnete für Barsinghausen, Gehrden und Seelze

---

Landtagsabgeordnete Claudia Schüßler · Lange-Feld-Str. 54 · 30926 Seelze

Claudia Schüßler, MdL  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover  
[claudia.schuessler@lt.niedersachsen.de](mailto:claudia.schuessler@lt.niedersachsen.de)

Wahlkreisbüro #mittendrin  
Lange Feld Str. 54  
30926 Seelze  
Tel. 0511/ 89 80 85 66  
[buero@claudiaschuessler.de](mailto:buero@claudiaschuessler.de)  
[www.claudiaschuessler.de](http://www.claudiaschuessler.de)

Seelze, 30.01.2026

## Landtag-Aktuell – 01/2026

Liebe politisch interessierte Leserinnen und Leser,  
liebe Genossinnen und Genossen,

ich hoffe, ihr seid alle gut in das neue Jahr gekommen. Ich jedenfalls wünsche Euch allen noch ein gutes neues Jahr.

Mit Blick auf die Außenpolitik hat das neue Jahr allerdings keinen guten Start hingelegt. Sicherlich empfindet ihr das auch so, wenn ihr an die völlig absurden Gebietsansprüche der USA und die menschenverachtende politische Entwicklung im Iran denkt. Oder an die fortgesetzten russischen Angriffe auf die Ukraine, die die Menschen dort vor immer größere Probleme stellen – was eine zu harmlose Formulierung ist, wenn man sieht, dass Menschen drohen zu erfrieren.

Für die europäische Politik gilt es daher jetzt, verantwortlich die richtigen Weichen zu stellen, damit wir auch in Zukunft in Frieden und Sicherheit leben können. Leider mussten wir erleben, dass im Europäischen Parlament eine Mehrheit die Zustimmung zum

Mercosur-Abkommen verhindert hat, und zwar durch eine durchaus als denkwürdig zu bezeichnende Mehrheit der Parlamentarier. Offenbar haben nicht alle die Zeichen der Zeit erkannt. Trotz dieser Ereignisse geht es mit der Landespolitik und natürlich auch mit meiner Arbeit weiter.

Die erste Landtagssitzung haben wir mit einer **Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz** begonnen. Prominenter Redner war **Michel Friedman**, der mit seiner Rede die AfD direkt angesprochen hat:

*„Warum sind Sie hier? Warum hören Sie mir zu? Könnte es sein, dass Scheinheiligkeit und Doppelmoral eine Rolle spielen und Sie sich nicht vorwerfen lassen wollen, den Holocaust zu verharmlosen? Oder hören Sie mir zu, weil Sie bereit sind, etwas zu verändern?“*

Das war ein starker Aufschlag. Aber auch alle anderen Parlamentarier hat er mit seinen sehr direkten Fragen nach unserer Verantwortung für die Demokratie nachdenklich gemacht: Er sei traurig, erkennen zu müssen, wie hilflos die Demokraten auf die Wahlerfolge der AfD reagieren. Die Demokratie sei auch gefährdet durch zu wenig Leidenschaft, Engagement und Streitbereitschaft. Die Demokraten sollten reden, diskutieren und vorleben, wie richtiger Streit funktionieren kann. Für mich war das tatsächlich mehr als eine Gedenkstunde – ein aufrüttelnder Redebeitrag, den wir in den Parteigremien zum Anlass nehmen sollten, das **Verbotsverfahren gegen die AfD** zu debattieren und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wir dürfen die Chance eines Verbots nicht ungenutzt lassen!

Die bevorstehende Kommunalwahl haben wir zum Anlass genommen, zwei wichtige Landesgesetze in die erste Lesung einzubringen: **das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz und das Niedersächsische Kommunalwahlgesetz**.

Ein zentraler Aspekt ist es, sicherzustellen, dass alle zu wählenden Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten auf dem Boden des Grundgesetzes und damit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Deshalb soll künftig in den Fällen, in denen es einen ernsthaften Verdacht gibt, der zuständigen Kommunalaufsicht ermöglicht werden, diesen Verdacht durch den Verfassungsschutz prüfen zu lassen.

Ein zweiter zentraler Bestandteil der Reform ist die **Absenkung des passiven Wahlrechts auf 16 Jahre**. Seit einigen Jahren können junge Menschen in Niedersachsen ab 16 Jahren an Kommunalwahlen teilnehmen, bislang jedoch nicht selbst kandidieren, um in kommunalen Gremien mitzuwirken. Diesen Zustand wollen wir ändern. Diese neue Regelung gilt erst für die **Kommunalwahl 2031**. Für die Kommunalwahl in diesem Jahr und Eure Aufstellungsversammlungen ändert sich dadurch nichts. Da Gesetze in der Regel bereits durch die umfangreichen Beteiligungen viel Zeit in Anspruch nehmen.

Darüber hinaus stärken wir mit unseren Änderungen die Stellung der **Gleichstellungsbeauftragten in Niedersachsen**. Während diese bislang mit einfacher Mehrheit durch die Gremien abgewählt werden konnten, soll hierfür künftig eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein.

Darüber hinaus standen in dieser Plenarsitzung mehrere Gesetze der Landesregierung zur Verabschiedung an. Mit dem Gesetz zur Änderung des **Niedersächsischen ELER-Fördergesetzes (NEFG)** wird sichergestellt, dass die Gestaltungsspielräume, die das EU-Recht den Mitgliedstaaten bei der Durchführung der EU-Förderung aus dem ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) einräumt, in Niedersachsen genutzt werden. Zugleich wird gewährleistet, dass die Abwicklung der EU-Förderung im weiteren Verlauf der Förderperiode 2023–2027 durch ein wirksames Verwaltungs- und Kontrollsystem erfolgt.

Mit der Verabschiedung der **Novelle des Niedersächsischen Gesundheitsfachberufegesetzes (NGesFBG)** wird künftig eine Ombudsstelle eingerichtet. Aus der Ausbildungspraxis gab es in den vergangenen Monaten vermehrt Hinweise darauf, dass eine solche Ombudsstelle zur Verringerung von Ausbildungsabbrüchen beitragen kann. Dies bestätigen auch die Erfahrungen anderer Bundesländer. Ziel ist es, die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu verringern, indem berufliche Konflikte niedrigschwellig in der Ombudsstelle, das bedeutet mit professioneller Unterstützung, gelöst werden.

### **Interfraktionelle Initiativen von SPD, Grünen und CDU**

Drei parlamentarische Initiativen wurden in diesem Plenarabschnitt interfraktionell von SPD, Grünen und CDU gemeinsam eingebracht beziehungsweise abschließend beraten. Zunächst betrifft dies die gemeinsame **Einrichtung eines parlamentarischen**

**Kontrollgremiums (PKGr)**, das den Verfassungsschutz begleiten und kontrollieren soll. Das Gremium soll aus fünf Mitgliedern bestehen.

Als zweite gemeinsame Initiative haben wir eine **Resolution zur Solidarität mit den protestierenden Menschen im Iran** eingebracht. Darin machen wir deutlich, dass Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit unteilbar sind.

Die dritte Initiative war ein gemeinsamer Entschließungsantrag mit dem Titel „**Ein interdisziplinäres Versorgungsangebot für schwer betroffene Menschen mit Fatigue-Syndrom etablieren**“, den wir abschließend beraten haben. Ein ernsthaftes Anliegen vieler Menschen aus meinem Arbeitsbereich, zu dem ich im Plenum abschließend gesprochen habe. Infolge von Viruserkrankungen kommt es bei einigen Menschen zu Müdigkeits- bzw. Erschöpfungszuständen, die nicht durch „normale“ Erholung wieder verschwinden. Die Symptome der unterschiedlichen Erkrankungen, also ME/CFS oder Long- bzw. Post-COVID, ähneln sich häufig. Für viele ist es schwierig, eine gute Unterstützung zu erhalten; die Erkrankung wird häufig erst spät diagnostiziert. An den Unikliniken in Hannover und Göttingen gibt es bereits spezialisierte Ambulanzen, die eine große Hilfe sind. Unser Wunsch nach mehr Vernetzung, um auch außerhalb der Zentren eine gute Unterstützung zu ermöglichen, sowie die Verbesserung der Versorgung schwer Erkrankter und die gezieltere Versorgung von Kindern und Jugendlichen sind uns ein besonderes Anliegen. Der Antrag unterstreicht daher unsere dringende Bitte, die Versorgung weiter zu verbessern.

Mit dem Antrag „**Soziale Beratung in Niedersachsen weiterentwickeln – Zugänge verbessern und Menschen wirksam unterstützen**“ schaffen wir die Voraussetzungen, um die soziale Beratung in Niedersachsen strategisch weiterzuentwickeln und dauerhaft tragfähige Strukturen zu sichern. Er ermöglicht eine realistische Bestandsaufnahme, eine fachlich fundierte Darstellung zukünftiger Bedarfe sowie eine systematische Analyse der Faktoren, die für eine zukunftsfähige Beratungslandschaft notwendig sind. Ihr wisst: Es gibt viele Beratungsstellen, aber viele Menschen finden keine Unterstützung. Zudem zeigen Rückmeldungen aus der Praxis, dass Beratungsangebote vor wachsenden Herausforderungen stehen: Fachkräftemangel, steigende Kosten, zunehmender und komplexerer Beratungsbedarf sowie eine angespannte Haushaltslage. Die geplante wissenschaftliche Untersuchung ist daher eine notwendige Investition, um die Beratungslandschaft mittel- und langfristig zu entlasten und die Angebote für die Menschen auffindbar und damit effizient zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,

ihr seht: Der Landtag ist wieder mitten in der parlamentarischen Arbeit angekommen, und als SPD haben wir wichtige Initiativen und Gesetze auf den Weg gebracht. Ich berichte hier längst nicht alles. Bitte schaut euch gerne auch die Tagesordnungen der Plenarsitzungen an und fragt nach, wenn ihr Fragen zu einem bestimmten Thema habt. Ich bin immer gerne bereit, in den SPD-Mitgliederversammlungen in Gehrden, Barsinghausen und Seelze mit Euch zu einem Thema ins Gespräch zu kommen.

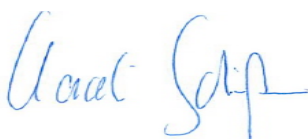
Aber es gibt auch erfreuliche Nachrichten aus dem Landtag für unsere Region.

Die Landesregierung unterstützt im ersten Halbjahr 2026 soziokulturelle Projekte in Niedersachsen mit insgesamt rund 1,5 Millionen Euro. Davon profitieren auch zwei Projekte des Kulturvereins Krawatte e. V., die mit insgesamt 24.120 Euro gefördert werden. Der **Kulturverein Krawatte e. V.** erhält eine Strukturförderung von **11.500 Euro** für die **Zukunftsstrategie Kulturfabrik Krawatte** sowie eine **Projektförderung** von **12.620 Euro** für das Projekt „**Ich wünsche mir einen Ort ...**“. Beide Vorhaben schaffen neue Möglichkeiten für kreative Beteiligung in Barsinghausen und Umgebung.

Außerdem unterstützt das Land 30 besonders finanzschwache Kommunen in Niedersachsen mit insgesamt rund 18,6 Millionen Euro aus dem Bedarfszuweisungsfonds. Auch die Stadt Seelze profitiert davon: Für den **Neubau des Feuerwehrhauses in Döteberg** erhält die Kommune **1,6 Millionen Euro**. Das ist eine sehr gute Nachricht für die Feuerwehr Döteberg und die Menschen vor Ort. Mit der Förderung kann der Neubau des Feuerwehrgerätehauses nun umgesetzt werden.

Das nächste Plenum findet vom **3. bis 5. März 2026** statt. Wie immer habt ihr die Möglichkeit, die Sitzungen des Niedersächsischen Landtages live mitzuverfolgen.

Herzliche Grüße



Eure Claudia Schüller